

**Rede  
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

**Grant Hendrik Tonne, MdL**

zu TOP Nr. 6

**Einsetzung eines 23. Parlamentarischen  
Untersuchungsausschusses – „Mögliche  
Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer  
Bedrohungen in Niedersachsen“**

während der Plenarsitzung vom 13.04.2016  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

die Opposition in Niedersachsen hat große Probleme:

Sie hat kein Thema, sie hat keine Struktur, sie hat keine Führung und sie hat keinen Spitzenkandidaten – und deshalb setzt sie in regelmäßig wiederkehrenden Verzweiflungstaten auf Skandalisierung!

So auch heute wieder! Vor diesem Hintergrund sind einige allgemeine Bemerkungen nötig:

Sie können sich noch so sehr mühen, Sie können sich noch so sehr aufblasen, Sie können noch so sehr sich darum bemühen, den Menschen in diesem Land die Situation schlechtzureden – unter dem Strich bleibt das eine:

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden sind handlungsfähig, sie sind gut ausgebildet und sie sind aufmerksam und leistungsstark.

Ich halte es schon ein gutes Stück weit für unanständig, dass Sie den Menschen in diesem Land vermitteln wollen, man müsse mit einem latenten Angstgefühl durch Niedersachsen gehen. Sie wollen aus politischem Kalkül heraus die Menschen verunsichern. Mit Ihrem Auftreten und Ihrem Handeln müssen Sie sich zu Recht den Vorwurf der Angstmacherei gefallen lassen.

Ich sage Ihnen für meine Fraktion, dass wir das nicht zulassen werden und wir werden es nicht zulassen, dass die Opposition die Arbeit unserer Polizei und des Verfassungsschutzes schlecht redet.

Der Text des Untersuchungsauftrages war noch nicht geschrieben, als der Kollege Nacke zu seinen typischen abwegigen Ausführungen anhub und zusätzlich eine politische Einflussnahme vermutete.

Er hat zwar keinen Beleg dafür, aber es behauptet sich ja so schön. Immer getreu der Hoffnung: Bitte, bitte liebe Presse erhöhe mich!

Anrede,

die Sicherheit der Menschen in diesem Land hat für diese Landesregierung und für die SPD-Fraktion oberste Priorität.

Im Unterschied zur Vorgängerregierung jedoch definieren wir Sicherheit nicht ausschließlich über Repression, sondern setzen auf ein breites Konzept und dazu gehört neben der Repression, neben der Überwachung eben auch die Prävention. Erst durch eine sinnvolle Verknüpfung der unterschiedlichen Ansätze erreichen wir eine möglichst nachhaltige Sicherheit in unserem Land.

Das ist keine politische Einflussnahme, sondern ein sehr schlaues und richtiges Konzept.

Ferner sollten wir im Vorfeld dieses Untersuchungsausschusses einmal mit der Legendenbildung aufräumen.

Zu jedem der Themenkomplexe, die jetzt Gegenstand des Untersuchungsausschusses sein sollen, ist bereits lange im Vorfeld umfassend unterrichtet und aufgeklärt worden. In großen und kleinen Anfragen, Anfragen zur mündlichen und schriftlichen Beantwortung und in Unterrichtungen in diversen Ausschüssen. Und diese Opposition weiß das auch!

Diese Landesregierung klärt auf und kümmert sich um die Herausforderungen, weit bevor sie überhaupt auf den Gedanken von Anfragen oder gar eines Untersuchungsausschusses gekommen sind.

Ein paar Sätze auch zur zeitlichen Schiene:

Mitte März wurde von der Opposition verkündet, nun müsse man aber einen Untersuchungsausschuss einrichten. Drei Wochen passierte dann gar nichts, kein Text, kein Vorschlag, nichts...

Am Abend vor der Sitzung des Ältestenrates am 05. April wird dann ein Textvorschlag gemacht und auf der Sitzung wird angekündigt, entweder sofortige Abstimmung oder man denke über ein Sonderplenum nach, weil die Zeit ja angeblich so dränge.

Anrede,

wir reden über einen Untersuchungsausschuss, der sich mit hochsensiblen Daten befassen soll. Es werden Sicherheitsüberprüfungen für die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, des Gesetz- und Beratungsdienstes (GBD), des stenographischen Dienstes und auch für die Beauftragten der Fraktionen notwendig.

Die an uns zu überstellenden Akten werden mit Sicherheit besonders gesichert gelagert werden.

All das wird Vorbereitungszeit notwendig machen und entweder wissen Sie das, behaupten wider besseren Wissens etwas Anderes oder Sie hatten das gar nicht im Blick – das spricht aber ebenfalls nicht für die Arbeit dieser Opposition.

Wenn die Opposition sich hier hinstellt und behauptet, man könne quasi in der nächsten Woche mit der Arbeit beginnen, dann streut sie der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Sie sind bloße Anscheinserwecker!

Im Übrigen gehört zur ganzen Wahrheit auch, dass CDU und FDP bereits einen zeitlich unbegrenzten Antrag auf Akteneinsicht gestellt haben. Nach diesem Antrag müssen hier demnächst LKW-Ladungen von Akten überstellt werden. Dieselbe Opposition, die sich hier in diesem Haus vermeintlich um die Sicherheit besorgt zeigt, legt Teile des Staatsschutzes damit lahm, indem Akten zusammengestellt werden müssen.

Sie müssen mal langsam zur Besinnung kommen.

Schauen wir uns ein paar der Themen an, die Sie untersuchen wollen.

Es war doch ein durchschaubarer Versuch, den Untersuchungsauftrag so zu stricken, dass alle Untersuchungen zufällig im Jahr 2013 beginnen.

Wenn Sie ein Interesse an der Sachaufklärung hätten, dann hätten Sie die einzelnen Komplexe in einen vernünftigen zeitlichen Zusammenhang eingebettet.

Sie wollen sich dem Thema „Ausreisen aus Niedersachsen in Kriegsgebiete“ widmen. Darüber wurde zwar bereits häufig geschrieben und berichtet, aber sei's drum. Ausreisen gibt es seit Mitte der 2000er Jahre. Warum also nicht sich des Themas in Gänze widmen? Warum nicht ein Blick darauf, wie und warum kommt

es zu Ausreisen? Was kann man unternehmen, um solche zu verhindern? Was wurde in der Vergangenheit dazu unternommen?

Nein, hierzu gab es keine Bereitschaft der Opposition! Wer sich derartig intensiv einer Überprüfung der Arbeit in der Vergangenheit entzieht, der muss ja gewaltige Angst haben, was man dort zu tagen fördern kann. Wir werden uns die Arbeit in der Vergangenheit trotzdem anschauen! Entweder miteinander oder eben getrennt. Von 2011 werden wir nicht abrücken!

Dasselbe Muster erleben wir bei der Frage, wie mit den aufgetauchten Videos im Internet umgegangen werden soll. Auch hier sollten ursprünglich nur Videos behandelt werden, die nach 2013 im Internet aufgetaucht sind. Als hätte es vor 2013 keine Videos im Internet gegeben!

Wir werden aber sehr genau darauf achten, ob der Verfassungsschutz von der Vorgängerregierung überhaupt vernünftig technisch zur Überwachung von Videos im Internet ausgestattet worden ist!

Sie wollen über Möglichkeiten der Prävention reden. Nur zu, aber dann schauen wir auch ganz genau darauf, was die jetzige Regierung auf diesem Gebiet überhaupt vorgefunden hat.

Wir sind bereit, uns die Fakten sehr genau anzuschauen und zu prüfen, ob es Verbesserungen in der Kommunikation, der Zusammenarbeit und den Abläufen geben kann, damit wir im Kampf gegen den Islamismus noch besser aufgestellt sind und Vorfälle so gut wie nur irgendwie möglich verhindert werden können.

Ich sage aber auch genau so deutlich:

Ich kann nach alledem nicht feststellen, dass es der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses bedarf, das hätten wir auch mit den normalen Mitteln der Anfragen und Ausschussunterrichtungen lösen können. Ein Untersuchungsausschuss wird als das schärfste Schwert der Demokratie bezeichnet, diese Opposition sorgt mit ihren abwegigen Verschwörungstheorien zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Niedersachsen dafür, dass das schärfste Schwert stumpf wird

Für politischen Klamauk, für wilde Verschwörungstheorien sind wir nicht zu haben.

In Niedersachsen gibt es gegen islamistische Bestrebungen gute Sicherheitskonzepte und gutes Personal. Darauf können wir stolz sein und können das auch in aller Deutlichkeit sagen.

Vielen Dank!